

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich - Demokratischen und Christlich - Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 7 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 28. Januar 1950

Seite 1

A III 1 d SPD

Die sozialistische Idee ist aufzuzwingen!

Im Volksstaat dem Volke Ideen aufzuzwingen, scheint zum Erbgut der Familie Sozialisten zu gehören, mag der Vorname Mehrheit, unabhängige, national oder sonstige lauten. Wie der schon von den Mehrheitssozialisten propagierte Volksstaat unter der Regentschaft des Stammhalters SPD aussieht, hat Dr. Schumacher auf einer Funktionärsversammlung in Essen unmißverständlich definiert. Danach, einem Bekenntnis, besteht „das Wesen ihrer Opposition darin, der Regierung die sozialistische Idee aufzuzwingen und sie durch konkrete Tatbestände vor konkrete Entscheidungen zu stellen.“

Weil das Aufzwingen der monarchistischen Idee den Sozialisten damals mißfiel, zogen sie bis 1918 gegen jenen „Obrigkeitsstaat“ zu Felde unter der heute nicht mehr gern gehörten Parole „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Daß die mit dem Vornamen „National“ benannten Sozialisten der SPD ihre sozialistische Idee durch konkrete Tatbestände aufgezwungen haben, war den Mehrheits-Sozialisten zwar recht peinlich, offenbar aber nicht schmerzhaft genug, um sich selbst von diesem Volksbeglückungsmittel radikal abzuwenden; anderenfalls könnte die sonst auf die Stimme des Volkes so ängstlich bedachte SPD nicht heute schon wieder die These vom Aufzwingen einer Idee unter Schaffung konkreter Tatbestände unverhohlen vertreten.

Als Realpolitiker haben die SPD-Vertreter in dem von ihr vorläufig noch regierten Schleswig-Holstein diese sozialistische Idee auch ganz markant praktiziert. Bei der Bundestagswahl vom 14. 8. 49 erhielt „die eine aufsteigende Welt“ verkörpernde SPD als Antwort des Volkes auf ihre mehr reale als politische Regentschaft nur 410 000 Stimmen, während die von Dr. Schumacher als „Repräsentanten einer versunkenen Welt“ bezeichneten Parteien CDU, FDP und DP immerhin 750 000 Stimmen auf sich vereinigen konnten. Weil „die SPD nicht einen Staat der Regierungspartei zulasse“, wie Dr. Schumacher in der 17. Plenarsitzung des Bundestages sehr laut verkündete, wurde in Schleswig-Holstein gegen den schärfsten Widerstand der nichtsozialistischen Parteien die Schul- und Bodenreform als sozialistische Idee der noch nicht ans Ruder gekommenen Mehrheit von ca. 65 Prozent der Bevölkerung eben so aufgezwungen, wie Dr. Schumacher es neuerdings proklamiert hat. Dieses Geschenk sozialistischer Ideologie wurde dann noch dadurch gesichert, daß die Landessatzung Änderungen nur bei $\frac{2}{3}$ Mehrheit des Landtages zuläßt, wie

Treu und Glauben mit Rücksicht auf die (wohl sozialistische) Verkehrssitte es erfordern.

Um diese Beglückung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung mit marxistischem Ideengut nicht schon im April 1950 mit dem Ablauf der Wahlperiode des Landtages abbrechen zu müssen, sollte diese um ein Jahr verlängert werden; denn „Vernunftgründe sprechen tatsächlich dafür“, erklärte der sozialistische ehemalige Ministerpräsident Lüdemann, während der SPD-Justizminister Dr. Katz den „Rechtsweg“ dazu wies. Als dieser Aufzwingungsversuch mißlang, versuchte sich die SPD nach der Methode „haltet den Dieb“ mit der Ausrede von der Blamage zu distanzieren, daß die Initiative nicht von ihr ausgegangen sei. Daß diese Taktik der SPD aber dennoch kein Einzelfall ist, beweist der Hinweis ihres Oberregierungsrates Groß, daß auch die sozialistische Regierung von Nordrhein-Westfalen den derzeitigen Landtag in die Ausdehnung der Wahlperiode auf vier Jahre einbeziehen wollte.

Angesichts der traurigen Erbmasse jener Sozialisten von 1933 für deren Machtentfaltung die Realpolitik des Aufzwingens sozialistischer Ideen in der Weimarer Republik kausal war, ist dem Führer „der neuen Bewegung der Sozialisten Westdeutschlands“ — wie Dr. Schumacher die SPD von heute nannte — beizupflichten, daß nämlich „der Zustand, den wir jetzt haben, aber nicht demokratisch ist“, nämlich „alles autoritär niederzublitzen, was anderer Ansicht ist.“ Um mit diesen Worten Schumachers aus der 17. Bundestagssitzung auch weiterhin zu sprechen, ist von der SPD tatsächlich „die Lokomotive in eine Richtung gesetzt worden, die vom größten Teil des Volkes nicht gebilligt wird.“ Auch für die SPD „gibt es kein Monopol zu wissen, was den Deutschen frommt.“

Als Auffanglager der Unzufriedenheit hat jedenfalls noch keine Partei oder Bewegung dem Volk Glück und Wohlstand gebracht und wird es auch als „bindende Kraft des deutschen Nationalismus, der alle nationalen Bestrebungen auffangen und international ungefährlich formen will“, nicht schaffen. Es bleibt zu hoffen, daß auch die SPD aus der vor ihrem bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Högner festgestellten Tatsache die notwendigen demokratischen Folgerungen zieht: „Der Kampf gegen die junge deutsche Demokratie ist auf der ganzen Linie entbrannt. Die entscheidende Frage ist, ob die Demokratie diesen Kampf durch Blindheit, Schwäche und Uneinigkeit ebenso verlieren will, wie ihn die Weimarer Republik nach 1929 verloren hat.“

A III 1 Deutsche Rechtspartei

Sammlung der politischen Rechten?

In Kassel haben sich Teile der Deutschen Rechtspartei in Niedersachsen mit Gruppen der hessischen Nationaldemokratischen Partei zu einer „Deutschen Reichspartei“ zusammengeschlossen. Es wurde ein Direktorium gebildet, in das Bundesabgeordneter Dr. Franz Richter (bisher Deutsche Rechtspartei) und Karl Schäfer (bisher NDP) berufen wurden. Der Parteileitung gehören außerdem je vier Mitglieder beider bisherigen Parteien an. Zur gleichen Zeit hat sich in Düsseldorf die „Gemeinschaft unabhängiger Deutscher“ mit der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Gerüchtweise verlautet, daß auch andere rechtsstehende Gruppen auf eine organisatorische Vereinigung hinarbeiten.

Die politische Entwicklung der Nachkriegszeit hat die politische Rechte in eine faktische Illegalität gedrängt. Das gilt nicht nur für nationalistische Gruppen, über die kaum Meinungsverschie-

denheiten bestehen dürften, sondern davon wurden auch Kreise betroffen, die aus überhiesertem Konservatismus und falsch verstandenem Patriotismus den Anschluß an bestehende Parteien nicht fanden und eigene Wege gehen zu müssen glaubten. Weit bedenklicher war das Einsickern rechtsstehender aktiver politischer Kräfte in legale Parteien, die Nuancen hineintrugen, die das Bild der Betroffenen verfälschten. Mit der wachsenden politischen Freizügigkeit in Deutschland splitterten aber diese Kräfte sehr bald ab, suchten eigene Parteien zu bilden oder in mehr oder weniger lockeren Vereinigungen einen selbständigen Weg in die aktive Politik zu finden. So sehen wir auf der politischen Rechten einen Gärungsprozeß, der sich, wenn nicht alles täuscht, einem Höhepunkt nähert und der sorgfältigen Beachtung bedarf.

Es stellt sich die Frage, ob die Bildung einer politischen Rechten in der Bundesrepublik wünschenswert sei oder nicht. Diese

Frage ist nicht einfach zu beantworten und man wird bei dem derzeitigen labilen Stand der Dinge wahrscheinlich keine klare Entscheidung treffen können. Zweifellos ist es im Interesse der Sauberkeit unseres politischen Lebens besser, wenn die politische Rechte sich in aller Öffentlichkeit konstituiert und sich damit gleichzeitig der öffentlichen Kontrolle und dem Votum des Wählers stellt. Jede Art der Illegalität sollte in der Bundesrepublik verpönt sein, gleichgültig von welcher Seite aus auch immer sie geübt werde. Wir sehen keine Gefahr in legalen Rechtsgruppen, denn wir halten den demokratischen Gedanken in der Masse der deutschen Wählerschaft für so tief eingewurzelt, daß er die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten nicht zu scheuen braucht.

Eine offene Auseinandersetzung nimmt nationalistischen Ideen, die sich in solchen Rechtsgruppen manifestieren mögen, jede Gefahr. Ein öffentlicher Fall Hedler ist für die Bundesrepublik kein „Fall“ mehr, während solche Dinge, in geheimen Konventikeln betrieben, sehr wohl eine Gefahr sein können. Es gilt, der politischen Rechten den Nebel des Mythos zu nehmen, den geschickte Agitatoren insbesondere für die Jugend immer wieder verursachen. Vor die harten Tatsachen des politischen Alltags gestellt, verschwindet der Nebel der Phrase in der Regel sehr bald. Das alles aber gilt nur dann, wenn die demokratischen Parteien eine Politik treiben, die dem Volke Vertrauen einflößt. Die politische Rechte ist ebensowenig wie die politische Linke damit auszumaniövrieren, daß eine demokratische Partei sich radikaler

A V g Rheinland-Pfalz

SPD plus FDP — eine seltsame Kombination

Am 16. Januar hat sich in Neustadt a. d. Haardt der Bezirkstag der Pfalz, der bis zu seiner endgültigen Wahl aus dem derzeitigen Landtagsabgeordneten der Pfalz besteht, als erster in Rheinland-Pfalz konstituiert. Der Bezirkstag ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und bildet das Selbstverwaltungsorgan beim Regierungspräsidenten. Dem jetzigen Bezirkstag der Pfalz gehören 15 Mitglieder der SPD, 13 der CDU, 4 der FDP und 3 der KPD an. Zum ersten Vorsitzenden des Bezirkstages wurde mit den Stimmen der SPD, FDP und KPD (insges. also 22) der ehemalige Oberregierungspräsident der Pfalz, Franz Bögler, gewählt. Die CDU enthielt sich der Stimme. Nach demokratischen Spielregeln hätte der CDU mit 13 Sitzen der stellvertretende Vorsitzende zugestanden. Infolge eines zwischen SPD und FDP geschlossenen Abkommens wurde der FDP-Abgeordnete Migeot mit den 19 Stimmen dieser beiden Parteien zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Innerhalb des Bezirksausschusses, der aus 6 Mitgliedern besteht, hätte die CDU drei Sitze erhalten müssen. Durch das Wahlbündnis zwischen SPD und FDP wurde erreicht, daß die CDU nur 2 Sitze erhielt und die FDP dafür einen, obwohl eine Vertretung im Bezirksausschuß für sie stimmenmäßig nicht in Frage kam. Damit wurde die CDU, die am 14. August die stärkste Partei in der Pfalz wurde, weitgehend ausgeschaltet.

Angesichts dieses Vorganges erhebt sich die Frage, ob es auch dann zu einem Zusammengehen der FDP mit der SPD gekommen wäre, wenn die Koblenzer Koalitionsverhandlungen einen anderen Ausgang genommen hätten und zugleich die Frage, ob nicht die Koalitionsgemeinschaft mit der SPD zu teuer erkauft worden ist. Die Vorgänge von Neustadt reichen jedenfalls aus, dem Koalitionspartner, nämlich der SPD, die es so offensichtlich eilig hatte, wegen neuer Koalitionsverhandlungen anzuklopfen, bei passender Gelegenheit eine Lektion über die Regeln demokratischer Politik zu erteilen. Es bleibt abzuwarten, ob die Wahlen von Neustadt der Anfang einer Entwicklung sind, die schließ-

A IV 1 c Schulwesen

„Elternrecht und Bekenntnisschule“

Zu dem von Pfarrer A. Kreussel behandelten Thema „Elternrecht und Bekenntnisschule“ ist der Redaktion eine Reihe weiterer Zuschriften zugegangen, die wir aus Raumgründen leider nicht in vollem Umfange zum Abdruck bringen können. Wir bitten daher um Verständnis dafür, daß wir die Entgegnungen, die z. T. sehr beachtenswerte Gedanken enthalten, nachstehend im Auszug wiedergeben.

Herr Dechamps, Mühlheim/Ruhr-Speldorf, Jägerhofstraße 30, der von der von Pfarrer Kreussel aufgestellten These ausgeht, daß „der Staat keine Aufgabe an sich reißer darf, die der einzelne Mensch ebenso gut erledigen kann“, erblickt im Staat ein not-

oder nationalistischer gebärdet als jene extremistischen Konkurrenten, die ja im Grunde keine „Konkurrenten“ sind. Genau genommen ist also die Frage einer politischen Rechten eine Frage politischer Erziehungsarbeit durch Wort und Tat. Das Beispiel muß überzeugen, dann wird auch der Agitation die Wirkung genommen.

Hier ist ein Wort an das Ausland am Platze. An Hitlers Aufstieg war das Ausland durch intransigente Politik ein gerüttelt Maß beteiligt. Das Beispiel steht ja nicht vereinzelt in der Geschichte, daß verständnislose Politik des Nachbarn nationalistische Gefühle geradezu förderte. Elsaß-Lothringen nach 1870 und die französische Ruhr- und Rheinpolitik nach 1918 sind sprechende Einzelfälle, von denen im ersten Deutschland dem französischen, im zweiten Frankreich dem deutschen Nationalismus entscheidender Auftrieb gegeben wurde. Insofern ist Stärke oder Schwäche des Nationalismus ein Barometer auch der außenpolitischen Lage.

Gefahren des politischen Extremismus sehen wir solange nicht, wie die deutschen demokratischen Parteien bei aller Gegensätzlichkeit der Auffassungen es mit dem demokratischen Gedanken und dem demokratischen Aufbau ernst meinen und das Ausland nicht nur durch Worte, sondern durch Tat, Haltung und Beispiel Hilfestellung leistet. Gibt man allerdings durch falsche Politik diesseits oder jenseits der Grenze dem Extremismus Wasser auf die Mühle, dann erst macht man die Sammlung der politischen Rechten zu einem Gefahrenherd, an dem nicht nur der deutsche Aufbau scheitern könnte.

lich doch zu der Erkenntnis führt, daß es besser gewesen wäre, die im Bunde befolgte Koalitionspolitik auch in Rheinland-Pfalz einzuschlagen.

1 b Landesparteien

Bezirksparteitag der CDU Trier und Montabaur

Der Bezirksparteitag der CDU Trier, zu dem über 400 Delegierte aus dem gesamten Regierungsbezirk erschienen waren, beschäftigte sich in besonderer Weise mit der Koalitionsfrage in Rheinland-Pfalz. Nach grundlegenden Ausführungen von Ministerpräsident Peter Altmeier und dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Regierungspräsident Dr. Zimmer, die beide einen Rechenschaftsbericht ihrer Politik gaben, beteiligten sich zahlreiche Delegierte an der Aussprache. Der Bezirksparteitag nahm mit über 400 Stimmen bei einer Enthaltung folgende Entschlußung an:

„Der Bezirksparteitag der CDU Trier sieht in der neugebildeten Regierung einen wesentlichen Fortschritt, vor allem in der Uebernahme des Innenministeriums durch den Ministerpräsidenten. Der Bezirksparteitag erwartet, daß die Landesregierung die drängenden Tagesfragen ungehindert in Angriff nimmt und begrüßt mit Genugtuung die von der neuen Regierung angekündigte Aufhebung der Weinabgabe und der Wohnraumabgabe. Der Bezirksparteitag spricht dem Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CDU Altmeier und dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Dr. Zimmer, sowie dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion seinen Dank und das Vertrauen aus.“

Am 21. Januar hat auch der Bezirksparteitag der CDU Montabaur sich hinter den Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Altmeier, die CDU-Abgeordneten und die Landtagsfraktion gestellt. Gleichzeitig wurde die unverantwortliche Berichterstattung und Sellungnahme eines Teiles der Presse von Rheinland-Pfalz zur Frage der Koalition mißbilligt.

wendiges Ordnungsprinzip, das über die Funktion eines beschränkten Ueberwachungsrechts hinausreicht. Nur der Staat, der sich gegenüber Eltern und Religionsgemeinschaften das Recht der ausschließlichen Zuständigkeit anmaßt, der totalitäre Staat also, wird zum Moloch, den es zu bekämpfen gilt. Die Tatsache allein, daß sich Bereiche und Ansprüche der verschiedenen Instanzen überschneiden, berechtigt noch nicht zu einem solchen Vorwurf. Wesentlich ist, daß sich alle Berechtigten streng sachlich um den besten Ausgleich bemühen, wobei es Aufgabe des Staates ist, in der Schule darüber zu wachen, daß über dem Besonderen und Trennenden das Gemeinsame nicht vergessen wird. Insoweit folgt der Staat den Forderungen der „Union“, deren Lebensprinzip die

Betätigung der Erkenntnis ist, daß das Gemeinsame der christlichen Weltanschauung wichtiger ist als die Unterschiede der Konfessionen. Diese Erkenntnis basiert wesentlich auf der Entwicklung der letzten Jahrzehnte und im besonderen auf den Erlebnissen seit 1933. So sehr auch dieses Gemeinsame betont werden muß, so sehr muß es Aufgabe der Schule sein, die Jugend vor der Verwischung der Grundprinzipien zu bewahren. Für die unteren Jahrgänge hält Dechamps die rein katholische bzw. die evangelische Schule für die notwendige und richtige Schulform. Dagegen fordert er für die Schüler von 14 Jahren an aufwärts die Gemeinschaftsschule die einzige Gelegenheit, Ungläubigen zusammenzutreffen. In diesem Lebensalter ist das Unterscheidungsvermögen der Schüler so stark ausgeprägt, daß sie nicht nur gefühlsmäßig, sondern auch verstandsmäßig Ansichten und Ueberzeugungen vertreten können. Darüber hinaus sei auf dieser Stufe die Gemeinschaftsschule die einzige Gelegenheit, Ungläubigen etwas von Christen über das Christentum sagen zu lassen. Dechamps begründet seine Auffassung wie folgt:

„Die naive kindliche Vorstellungswelt wird in diesem Alter (etwa von 14 Jahren an aufwärts; D. Red.) ersetzt durch das vertiefte Weltbild der Erwachsenen. Aber genau so wenig, wie man einen jungen Menschen lebensstüchtig macht, indem man ihn sorgfältig vor allem Unbilden des Lebens behütet, so wenig gibt man auch seinem Weltbild Tiefe, Reife und Festigkeit, wenn man ihn von aller Berührung mit Andersdenkenden und Andersgläubigen fernhält. Es ist ganz falsch, solche Berührung erst beim „gereiften Menschen“ zulassen zu wollen. Wer diese Berührung nicht erlebt hat, ist nicht reif, und mag er noch so alt sein. Man tut den jungen Menschen auch keinen Gefallen, wenn man ihnen fremde Ueberzeugungen zuerst schön zurechtgemacht darlegt, so daß sie leicht und billig widerlegt werden können: bei der ersten wahren Begegnung erkennt der Aufgeschlossene und Regsame, wie wenig vom wahren Gehalt der fremden Meinung er bisher begriffen und wie wenig stichhaltig bloß angelegene Gegenargumente zu sein pflegen. . . . Kommt dieses Erlebnis und der dadurch hervorgerufene innere Konflikt erst nach der Schulzeit, so ist der Betroffene ganz sich selbst überlassen. Viele Tausende wertvolle Menschen sind auf diese Weise in den letzten Jahrhunderten den christlichen Kirchen verlorengegangen — nicht nur Intellektuelle und „Gebildete“, sondern hauptsächlich seit Marx auch große Scharen Arbeiter.“

Den ideellen Wert der Gemeinschaftsschule schätzt Dechamps so hoch ein, daß er sie rundweg als „die Schule der Demokratie“ bezeichnet. Ihr erzieherisches Moment liegt nach dem Einsender

darin, daß sie Verschiedenes vereint, ohne die Verschiedenheit aufzuheben.

Herr H. Rönnecke, Schwäbisch Hall-Steinbach, weist am Beispiel der württembergisch-badischen Landesverfassung nach, daß dort das Elternrecht eindeutig stipuliert und das Recht der Mitbestimmung der Kirchen grundsätzlich festgelegt sei. Ebenso wenig könne in Württemberg-Baden von einem Staatsmonopol gesprochen werden. Auf das Recht der Aufsicht und der Festsetzung allgemeiner Anforderungen kann kein Staatswesen verzichten. Die Einführung reiner Bekenntnisschulen hält Herr Rönnecke schon aus wirtschaftlichen Gründen für unmöglich. Abgesehen davon würde die Mehrzahl der Lehrervereinigungen und der Elternbeiräte, die in der christlichen Gemeinschaftsschule einen bewährten Schultyp erblicken, sich gegen die Rückkehr zur Bekenntnisschule aussprechen. Nach Ansicht des Einsenders spricht gerade das Programm der CDU für die Betonung des gemeinsamen christlichen Ideengutes. Hierzu äußert sich Herr Rönnecke wie folgt:

„Fordert nicht eine Zeit der Not, wie die heutige, gebieterrisch, alles daranzusetzen, das Verbindende wieder zu suchen und alles, was trennen könnte, auszugleichen und damit eine Möglichkeit zu schaffen, der wirtschaftlichen und ideellen Wiederaufrichtung Deutschlands die geeinte Kraft beider christlichen Volksteile dienstbar zu machen? Die Antwort hierauf erging mit der Begründung der CDU, die einsichtsvolle und weitsichtige Männer und Frauen anregten und durchführten. Unzweifelhaft läuft eine allerschärfste Trennung der Kinder im Schulleben, die mit den Bekenntnisschulen müßte, diesem großen verwirklichten Gedanken der „Union“ zuwider. Das ist in evangelischen Kreisen zu 90 Prozent eingesehen, aber auch in einsichtigen katholischen Kreisen besteht darüber letzten Endes keine Unklarheit. Die leider bis in die letzte Zeit noch geübte Propaganda in Richtung des „Elternrechts“ usw. darf praktisch darüber nicht hinwegtäuschen. Wenn nunmehr im Augenblick die Frage von einem evangelischen Pfarrer erneut und mit solcher Heftigkeit aufgestellt wird, dann muß ihm, Herrn Pfarrer Kreussel . . . zunächst von evangelischer Seite ein entschiedenes „Halt“ entgegengerufen werden. Zugleich sei ihm und allen Verfechtern einer Neuordnung des Schulwesens auf konfessioneller Grundlage einmal die Frage vorgehalten, ob sie sich denn darüber klar sind, daß sie damit das große CDU-Programm, das mühsam aber erfolgreich einen Zusammenschluß der Konfessionen in breiter Form und unter gleichem Dach zu gemeinsamer Arbeit und zum Nutzen unseres deutschen Vaterlandes erreicht hat, auf das äußerste gefährden, wenn sie an den Stützen dieses Daches rütteln.“

1 b Landesparteien

Landesausschußsitzung der CDU in Hessen

Der Landesausschuß der CDU Hessen hat die im Landkreis Ziegenhain anstehenden kommunalen Neuwahlen zum Anlaß genommen, seine Tagung in Ziegenhain durchzuführen. Unter dem Vorsitz von Minister Dr. Hilpert und in Anwesenheit zahlreicher Bundestags- und Landtagsabgeordneter wurde im Anschluß an ein Referat von Oberbürgermeister a. D. Dr. Blaum zur Frage der hessischen Verwaltungsreform eine weitgehende Uebereinstimmung der maßgebenden Parteifreunde mit dem Spezialausschuß für die Verwaltungsreform und der Landtagsfraktion erzielt. Von der Erkenntnis ausgehend, daß eine Revision der Landesgrenzen auf die Dauer nicht zu umgehen sein wird, stellte sich der Landesausschuß auf den Standpunkt, daß gegenwärtig eine Aenderung der Regierungspräsidialbezirke nicht zweckmäßig erscheine, und daß an der Einrichtung der Landeshauptleute in Kassel und Wiesbaden vorerst nichts geändert werden soll. Der Landesausschuß sprach sich nachdrücklich für den Abbau der Sonderbehörden und die Uebertragung ihrer Aufgaben auf die organisch gewachsenen Ämter und Dienststellen der unteren Verwaltungsbehörden aus.

A IV 1 b Kommunale Selbstverwaltung

CDU für Rückführung der Evakuierten

Die CDU-Fraktion der Stadt Köln hat an den Landtag von Nordrhein-Westfalen den Antrag gerichtet, die Landesregierung zu veranlassen, im Rahmen der Darlehensgewährung für den Wiederaufbau von Wohnungen Sondermittel verfügbar zu machen, d. h. den Schlüssel für die Zuteilung dieser Mittel zu ändern. Die Fraktion ist ferner an den Bundestag mit der Eingabe herangetreten, Rückführung und Versorgung der noch evakuierten Bevölkerung zerstörter Städte in bezug auf die gesetzlichen Maßnahmen und die besondere Hilfe genau so zu handhaben wie für Flüchtlinge. Der Antrag bezweckt die Gleichsetzung der Evakuierten mit den Flüchtlingen.

A IV 8 a Ostfragen Allgem.

Ost-West-Gespräche

Die vor etwa einem Jahr begonnenen Besprechungen des sogenannten „Godesberger Kreises“ um den früheren Reichsminister und jetzigen Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Dr. Andreas Hermes, und dem ehemaligen deutschen Botschafter in Moskau, Nadolny, führten am 21. Januar in Bad Homburg zur Gründung einer „Gesellschaft zur Wiedervereinigung Deutschlands“. Von etwa 120 eingeladenen Persönlichkeiten waren 54 Politiker, Wirtschaftler und Wissenschaftler erschienen, die sämtlich das Gründungsprotokoll unterschrieben. Anwesend waren u. a. der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. von Prittwitz-Gaffron, der Ernährungsminister von Nordrhein-Westfalen Lübke, der ehemalige Botschafter in Helsinki Graf von Blücher, der ehemalige deutsche Botschafter in Reval Freiherr von Richthofen, der frühere Vorsitzende des Kali-Syndikates Prentzel, der persönliche Referent des niedersächsischen Ernährungsministers Gericke, Schauss, der frühere badische Staatspräsident Prof. Hellpach und der Generaldirektor der Salamander-Schuhfabriken Haffner. Vertreter der Bundesregierung haben an den Besprechungen nicht teilgenommen. Dr. Hermes betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß die Gesellschaft keine getarnte oder beeinflusste KPD-Organisation sei und daß sie jede Zusammenarbeit mit dem „Nauheimer Kreis“ um Prof. Noack ablehne. Der Zweck der Gesellschaft solle sein, den Gedanken wachzuhalten, daß alle Teile Deutschlands zusammengehören und daß es nicht den Alliierten überlassen bleiben dürfe, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Notwendig sei die Zusammenarbeit vor allem auf landwirtschaftlichem Gebiete. Dr. Hermes kündigte für den 27. Februar in Goslar eine Zusammenkunft west- und ostdeutscher Agrarwissenschaftler sowie die Gründung eines agrarwissenschaftlichen Koordinierungsausschusses an. Prof. Hellpach wies in seinem Schlußwort auf die engen Beziehungen Deutschlands zu Oesterreich hin. In einem offiziellen Kommuniqué stellt sich die Gesellschaft hinter die von der Bundesregierung eingeleitete Politik der Befriedung Europas.

A 7 d Kriegsgefangenenfragen**Die deutschen Gefangenen in Jugoslawien**

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, in der um Auskunft über das Schicksal der deutschen Gefangenen in Jugoslawien ersucht wird. Gleichzeitig wird die Regierung gebeten, bei den hohen Kommissaren und beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Vollstreckung weiterer Todesurteile zu verhindern und einen wirksamen Rechtsschutz für die betroffenen Gefangenen zu garantieren. Die Anfrage geht davon aus, daß etwa 1400 deutsche Kriegsgefangene in Jugoslawien zurückgehalten werden, die, nachdem man vier Jahre hindurch trotz eingehender und quälender Vernehmungen keine Beschuldigungen gegen sie erhoben hatte, bis Mitte Dezember 1949 in ihrer Gesamtheit vor einem Sondergericht summarisch abgeurteilt wurden. Die Urteile reichen von Todesstrafen bis zu hohen Zwangsarbeitsstrafen. Die angeblichen Beweise beruhen auf Selbstbezeichnungen, die durch Folterungen erpresst waren. Mit der Anfrage an die Regierung hat sich die CDU/CSU-Fraktion zum Sprecher aller Familien gemacht, die seit Jahren um die Rückkehr ihrer Angehörigen in größter Sorge sind.

A V c Bayern**Vierte bayerische Universität zurückgestellt**

Die Auseinandersetzungen um die etwaige Errichtung einer vierten bayerischen Landesuniversität sind durch den überraschenden Kompromiß im bayerischen Landtag zu einem unerwarteten Abschluß gekommen. Nach vielstündiger Debatte wurde beschlossen, die Entscheidung über das Universitätsprojekt Bamberg-Regensburg um zwei Jahre zurückzustellen. Während dieser Zeit wird der an den beiden Philosophisch-Theologischen Hochschulen eingerichtete Studienbetrieb im bisherigen Umfang weitergeführt und das Studium dem an den Universitäten hinsichtlich staatlicher und akademischer Prüfungen gleichgestellt. In der namentlichen Abstimmung sprachen sich 111 Abgeordnete für und 46 gegen die Vertagung aus. Mit diesem Kompromiß ist vorerst die Debatte über eine Frage geschlossen worden, die von interessierter Seite wiederholt benutzt worden war, um einen Keil zwischen die evangelische und die katholische Bevölkerung zu treiben und beide Konfessionen innerhalb der CSU gegeneinander auszuspielen. Außerhalb Bayerns hatte das Universitätsprojekt die politischen Gegner wiederholt veranlaßt, in gehässiger Weise gegen die Kulturpolitik Dr. Hundhammers zu Felde zu ziehen.

A IV 1 g Rundfunk**Um den Nordwestdeutschen Rundfunk**

Der NWDR hat der CDU der britischen Zone wiederholt Anlaß gegeben, sich mit der politischen Richtung dieses Unternehmens zu befassen. Daß auch seine geschäftlichen Manipulationen zu ernststen Bedenken Anlaß geben, ist neuerdings durch eingehende Presseverlautbarungen bekannt worden. Dem NWDR wird zum Vorwurf gemacht, daß er Hörergelder in beträchtlicher Höhe verwirtschaftet habe, und zwar u. a. dadurch, daß er gegenüber einer Göttinger Filmgesellschaft eine Bürgschaft im Betrage von 500 000 DM übernommen und weitere 60 000 DM für die Einrichtung eines Künstlerlokals in Hamburg hergegeben hat. Diese Vorgänge haben die CDU/CSU-Fraktion veranlaßt, im Bundestag die Einsetzung eines siebenköpfigen Untersuchungsausschusses zu fordern, der im beschleunigten Verfahren eine Untersuchung der in der Presse behaupteten Verwirtschaftung von Geldmitteln nachprüfen soll. Es ist zu erwarten, daß diese Nachprüfung Veranlassung gibt, beim NWDR die seit langem erforderlichen gründlichen Reformen durchzuführen.

A IV 6 c Arbeitsvermittlung**Die Arbeitslosigkeit in der Natursteinindustrie**

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der fast ausschließlich auf öffentliche Aufträge angewiesenen Wegebaustoffindustrie hat einer Gruppe von CDU/CSU-Abgeordneten im Bundestag Anlaß gegeben, an die Bundesregierung die Frage zu richten, ob sie bereit ist, übergangsweise Mittel zur Beschaffung von Wegebaumaterial für die Bundesstraßen noch im laufenden Haushaltsjahr bereitzustellen und ob entsprechende Maßnahmen bei der Bundesbahn möglich sind. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Wegebaustoffindustrie ist im wesentlichen dadurch bedingt, daß die Länder wegen der zum 1. April 1950 bevorstehenden Uebernahme der Unterhaltung der Hauptverkehrsstraßen auf den Bund keine Wegebaumaterialien mehr beschaffen und daß die üblichen Schotteraufträge der Bundesbahn ausgeblieben sind.

A IV d Kirchen**Der Rat der EKD zur deutschen Einheit**

Als Abschluß der Tagung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland am 16./17. Januar 1950 in Halle wurde eine Entschliebung gefaßt, die u. a. von Landesbischof Dibelius, Kirchenpräsident Niemöller und Probst Grüber unterzeichnet ist. Wegen ihrer Bedeutung veröffentlichen wir die Entscheidung im Wortlaut:

„Die Öffentlichkeit ist in den letzten Wochen von Äußerungen einzelner kirchlicher Persönlichkeiten beunruhigt worden. Wir stellen fest: Diese Äußerungen, wie immer sie auch gelegen haben mögen, sind nicht Kundgebungen der evangelischen Kirche, sondern gehen auf die alleinige Verantwortung derer, die sie getan haben. Zu den aufgeworfenen Fragen erklärt der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland:

1. Würde und Freiheit des Menschen sind nach christlicher Lehre unantastbar. Auch die Einheit des deutschen Volkes, unter deren Verlust wir heute mit unserem ganzen Volk schwer leiden, darf nicht mit der Preisgabe dieser Würde und dieser Freiheit erkaufte werden.
2. Die evangelische Kirche in Deutschland kann den infolge der Politik der Besatzungsmächte entstandenen Eisernen Vorhang nicht anerkennen. Er stellt eine ständige Bedrohung des Friedens und damit der Freiheit der Menschen und der Völker dar.
3. Es widerspricht der Würde des Menschen, wenn Angeschuldigte ohne geordnete Rechtsverfahren ihrer Freiheit beraubt werden. Daher sind Konzentrationslager abzulehnen, und zwar in jeder Form und in jedem Land. Gradunterschiede in der Behandlung von Häftlingen ändern an diesem grundsätzlichen Urteil nichts.
4. Gegenüber dem Angriff antichristlicher Mächte haben beide christlichen Konfessionen gemeinsam im Kampf gestanden. Diese Tatsache muß auch heute für das Verhältnis der beiden Konfessionen zueinander gelten, ohne daß wir dadurch der Pflicht enthoben sind, konfessionellen Gewichtsverschiebungen ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

A IV 8 a Ostfragen Allgem.**Dr. Walther Schreiber an die Westmächte**

Zur Verwirklichung der deutschen Einheit schlug der Berliner CDU-Vorsitzende Staatsminister a. D. Dr. Walther Schreiber in einer Großkundgebung in Tempelhof den Westmächten vor, sie sollten den Sowjets einen in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für gesamtdeutsche Wahlen unterbreiten. An der Reaktion der Sowjets werde sich erweisen, wer es mit der deutschen Einheit wirklich ernst meine. Zur Auflösung der Konzentrationslager und den Äußerungen von Probst Grüber sagte er: „Und wenn die Häftlinge auf Daunenbetten geschlafen hätten, die Tatsache, daß Menschen ohne Gerichtsverfahren und ohne Verbindung mit ihren Angehörigen vielfach seit 5 Jahren zwangsweise festgehalten werden, bleibt eine Unmenschlichkeit.“ Die Behauptung der Sozialdemokraten, sie seien die Hauptträger des Kampfes gegen den Kommunismus, wies er zurück und erinnerte daran, daß Dr. Andreas Hermes und er schon 1945 als Vorsitzende der CDU der Sowjetzone den Anfängen der kommunistischen Vormachtbestrebungen Widerstand geleistet hätten, während die SPD-Führer die CDU im Stich ließen.

1 d Junge Union**Landesvorstandssitzung der JU Hessen**

Der unter dem Vorsitz des Landesleiters, Bundestagsabgeordneten Massoth, zusammengetretene Landesvorstand beschloß im Hinblick auf die zu erwartenden Landtagswahlen, die Arbeit in allen Gruppen und auf allen Gebieten tatkräftig zu aktivieren und nach außen hin deutlich in Erscheinung treten zu lassen. Es wurde in diesem Zusammenhang eine Reihe organisatorischer und politischer Fragen erörtert. Der Landesvorsitzende der hessischen CDU, Minister Dr. Hilpert, besprach mit dem Landesvorstand die gegenwärtige Lage in Hessen und im Bund. Zur hessischen Koalitionspolitik betonte Dr. Hilpert, daß sich nach der Kabinettsbildung Anzeichen für eine bessere Zusammenarbeit gezeigt haben. Dies bedeute jedoch nicht, daß die CDU mit der SPD in parteipolitischen Fragen eng oder gar noch enger zusammenarbeiten wolle; vielmehr beziehe sich die Zusammenarbeit lediglich auf die Regierungsarbeit. Die hessische CDU werde nach der weltanschaulichen Seite hin nach wie vor auf eine streng paritätische Stellenbesetzung achten. Aus diesem Grunde habe sich der Minister auch mit Erfolg für die Kandidatur des Bundesinnenministers Dr. Heinemann eingesetzt.